

HERBSTSESSION: BERICHT

- Der Nationalrat nimmt den Vorschlag der SIK-N an und macht einen bedeutenden Schritt Richtung Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

- Der Ständerat muss nun in der kommenden Wintersession über das Geschäft beraten.

Rückblick Sommersession 2016

Das Parlament erteilte dem Bundesrat das Mandat, das Kroatienprotokoll zu unterzeichnen. Allerdings mit der Einschränkung, dies nur zu tun, «wenn mit der Europäischen Union eine mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbare Regelung zur Steuerung der Zuwanderung» getroffen werden kann. Damit forderte das Parlament vom BR nichts anderes, als zunächst die Regelung der durch die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) aufgeworfenen Frage nach der Vereinbarkeit mit der Rechtsordnung und der Personenfreizügigkeit (Bilaterale I) und dann in einem zweiten Schritt die Ausweitung der PFZ auf Kroatien und damit die Rettung der Schweizer Mitgliedschaft im europäischen Forschungsraum anzustreben.

Herbstsession 2016

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Mit der Annahme des sogenannten Inländervorrangs „light“ ermöglicht der Nationalrat eine personenfreizügigkeitskompatible Umsetzung der MEI. Mit dem Inländervorrang „light“ können Arbeitgeber verpflichtet werden, offene Stellen zuerst den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu melden. Weitergehende Massnahmen durch den Bundesrat sind möglich, diese müssen dann aber durch den Gemischten Ausschuss diskutiert und abgesegnet werden.

Zusammenhängende Vorlagen und Programme

Eine Unterzeichnung des Kroatienprotokolls muss bis zum Februar 2017 erfolgen, sonst droht der Schweiz der Ausschluss aus dem für sie sehr wichtigen europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020. Soll dies verhindert werden, sind die nun notwendigen Schritte klar: Der Ständerat muss in der kommenden Wintersession die Vorlage des Nationalrats in einer Form übernehmen, welche mit der Personenfreizügigkeit kompatibel ist. Dies würde dem Bundesrat grünes Licht zur Ratifizierung des Kroatienprotokolls geben, wodurch der Zugang der Schweiz zum Forschungsprogramm Horizon 2020 sichergestellt werden könnte. Durch eine personenfreizügigkeitskon-

forme Umsetzung der MEI durch den Ständerat wäre auch die Personenfreizügigkeit zumindest mittelfristig sichergestellt.

An der Veranstaltung der Parlamentarischen Gruppe Schweiz-EU haben Henri Gétaz, Anthony Conway und Michael Hahn ihre Einschätzungen zur Frage „Europa post-Brexit: Welche Auswirkungen für die Schweiz?“ erläutert. „Das ist wohl leider das Ende der Ära der billigen Flüge zwischen Grossbritannien und der Schweiz“ war ein Fazit, welches als Beispiel für mögliche Folgen des Brexit gegeben wurde. Beim Nebs-Briefing am darauffolgenden Tag standen thematisch die Prioritäten des slowakischen Ratspräsidiums im Zentrum. Nach einer Einleitung durch den neuen EU Botschafter in der Schweiz, Michael Matthiessen und der Präsentation durch die slowakische Botschafterin Andrea Elscheková Matisová wurde die Runde für Fragen der vielen Anwesenden geöffnet. Dabei war die am Abend vorher beschlossene Umsetzung der MEI ebenfalls ein grosses Thema.

Ausblick Wintersession 2016

Das Parlament hat einen wichtigen Schritt in Richtung Umsetzung der MEI gemacht, die grosse Frage ist nun, was der Ständerat in der Wintersession daraus machen wird. Sollte der Ständerat die Vorlage in gewissen Bereichen verschärfen, ist eine personenfreizügigkeitskompatible Umsetzung allenfalls nicht mehr gegeben. Dadurch würde der Ständerat die Ratifizierung des Kroatienprotokolls und daraus folgend das Forschungsprogramm Horizon 2020 riskieren.

Europapolitisches Fazit der Nebs

Der Ständerat hat es in der Hand, die Beziehungen der Schweiz zur EU wieder in ruhigere und sicherere Bahnen zu lenken. Allerdings ist auch die personenfreizügigkeitskompatible Umsetzung der MEI nur eine kurzfristige Lösung. Es braucht daher eine verfassungsrechtliche Klärung mittels einer Volksabstimmung in der Schweiz, damit die Beziehungen auch mittel- bis langfristig geklärt werden können. Dies würde auch weitere Schritte in Richtung einer grösseren Integration der Schweiz in die EU ermöglichen.